

Forum in München

Führung in digitalen Arbeitsprozessen

Neue Strukturen, neue Spielräume und Definitionen werden durch eine andere

„Belastung, Führung, Bildung – Arbeit 4.0 menschlich gestalten“ war das Forum im Gewerkschaftshaus München überschrieben, zu dem auch Teilnehmer aus verschiedenen Fachbereichen und aus Baden-Württemberg gekommen sind. Ulrich Bareiß, Vorsitzender des Arbeitskreises Ingenieure und Naturwissenschaftler AIN der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen, verwies zu Beginn auf die lange Tradition des AIN-Forums mit mti Bayern, der Personengruppe „Meister, Techniker, Ingenieure“ in ver.di, und betonte, dass dabei immer zukunftsorientierte Themen behandelt werden. Es sei ein Markenzeichen des AIN/mti, sich mit dem technologischen Wandel auseinanderzusetzen und ihn mit zu gestalten. So hat sich das Forum schon im vergangenen Jahr als eines der ersten mit der Digi-

Fotos: Brigitte Haase



talisierung der Arbeitswelt beschäftigt.

Dieses Jahr wurde das Thema vertieft und um neue Aspekte erweitert: Dr. Erich Latniak vom Institut Arbeit und Qualifikation der Forschungsabteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation an der Universität Duisburg/Essen referierte über „Führung in digitalen Arbeitsprozessen“. Dr. Gerlinde Vogl, Koordinatorin im Projekt „prentimo“ am Lehrstuhl der Universität Oldenburg sprach über



Arbeitsorganisation notwendig – Mobiles Arbeiten bald die Normalität?

„Mobiles Arbeiten in Zeiten der Digitalisierung“.

Das Thema Führung und Arbeit wurde bisher bei der Digitalisierung nicht arbeitswissenschaftlich aufgegriffen, so Latniak.

Die digitale Transformation sei ein weiterer Rationalisierungsschritt auf Grundlage von bestehenden und erweiterten IT-Infrastrukturen. Dabei gehe es um die Neuverteilung von menschlicher und maschineller Arbeit. Es entstehen neue Geschäftsmodelle. Dies habe Auswirkungen auf alle Branchen. Die Produktions- und Wertschöpfungskette werde neu strukturiert wie die Einbindung von Freelancern, Crowdworkern und Clickworkern. Daraus entstehen organisatorische Folgen:

Die Parallelisierung von Aufgaben, kürzere Reaktionszeiten auf Marktanforderungen und die zeitliche Entgrenzung von Beginn und Ende der Arbeit. Berufliche und private Zeiten verschmelzen. Es stelle sich die Frage, ob dies das Ende des Betriebs als Einheit bedeutet.

Durch die Globalisierung der Wertschöpfung und Übermittlung über digitale Medien ist der persönliche Kontakt sehr reduziert. Viel basiert daher auf Vertrauen. Durch den Abbau von Hierarchieebenen und Lean Management geraten auch Führungskräfte in die Beschleunigungsfalle. Dies ergab auch eine Umfrage unter Führungskräften: Über 80 Prozent sind der Meinung, dass sie in einer stärker vernetzten Arbeitsorganisation stärker auf Augenhöhe kommunizieren müssten. ►

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

kein Thema beschäftigt, verstärkt seit der Hannover Messe im Frühjahr, die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften so wie die Frage, wie wird die digitale Arbeitswelt von morgen aussehen? Fakt ist, die Digitalisierung wird sich nicht aufhalten lassen, und es werden viele Berufsfelder und Tätigkeiten verschwinden. Fast alle verbleibenden Berufsfelder werden mehr oder weniger betroffen sein, und es werden einige wenige neue Berufsfelder hinzukommen. Über die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gibt es viele Studien, die vom Verlust von 18 Millionen Arbeitsplätzen in Deutschland bis hin zu

Foto: Cfh. v. Polentz



einer beschäftigungsneutralen Entwicklung auf Grund des demographischen Wandels reichen. Es ist der Blick in die berühmte Glaskugel. Wir können uns nur darauf vorbereiten, dass wir uns in der digitalen Medienkompetenz weiterbilden. Dies fängt in der Schule an, geht in der Berufsausbildung weiter, und hört beim lebenslangen Lernen nicht auf. Mein Rat daher, nutzt die vielfältigen Weiterbildungsangebote und informiert Euch.

Wir werden auch in unserem Industrie-Report laufend von Veranstaltungen und Trends berichten sowie in Verbindung mit dem Projekt Gute Arbeit auf die Möglichkeiten im Betrieb hinweisen.

In diesem Sinn wünsche ich ruhige und erholsame Feiertage und einen optimistischen Blick ins Jahr 2017. ■

Ulrich Bareiß

Mitglied im Bundesvorstand der Fachgruppe Industrie

Weiter von Seite 1

Technische Tools ermöglichen eine schnelle Mobilisierung von kollektiver Unterstützung bei der Problemlösung, aber auch eine andere Form der Arbeit. Dies bedeute auch eine Transparenz des Handelns der Führungskraft. Weiter verschärfen hierarchisch getroffene Entscheidungen das innere Spannungsverhältnis in Form eines Begründungszwanges.

Daher sind neue Formen von Steuerung und Organisation erforderlich. Die Führung in neuen Strukturen ist verteilt, und die wechselseitigen Abhängigkeiten nehmen zu. Führung in neuen Strukturen ist nicht technisch determiniert. Führung muss daher bewusst gestaltet werden. Führung trägt nicht zur Wertschöpfung bei, sondern ist Dienstleistung. Und Führung hat Arbeitgeberverantwortung, es ist eine Neudefinition der Führungsrolle durch wechselseitige Verhaltenserwartung erforderlich. Dabei zeigte sich in der Umfrage, dass die Beschäftigten in der Privatwirtschaft eher mit ihren Vorgesetzten zufrieden sind als im öffentlichen Dienst.

Die Frage ist, haben Führungskräfte zukünftig die Zeit, um sich selbst zu reflektieren und ihre



Foto: Brigitte Haase

Handlungsmöglichkeiten zu nutzen? Digitalisierung braucht jedoch Arbeitsgestaltung und Beteiligung, auch beim Thema Führung, daher sind Spielräume und Handlungsmöglichkeiten zu klären, mit diesen Worten wurde die sehr intensive Diskussionsrunde eröffnet.

Mobiles Arbeiten ist für weite Teile der Belegschaft mittlerweile zur Normalität geworden, so Vogl. Als Definition für mobiles Arbeiten gelten „mindestens zehn Stunden pro Woche außerhalb der zentralen Arbeitsstätte mit Nutzung von Online-Datenübertragung“.

Heute sei man vor allem in der Mischform (Anytime – Anywhere) unterwegs. Die strikte Trennung zwischen Arbeit beim Kunden und im Homeoffice ist verschmolzen. Nichtbereitschaft zu Mobilität ist heute bereits negativ belegt, Mobilität ist eine neue Leistungsanforderung.

Dazu werden Dienstreisen rationalisiert und verdichtet. Mobile Arbeit ist erfolgsorientierte Arbeit, Termine und „Meilensteine“ bestimmen den Umfang der Arbeitszeit. Daher fühlen sich laut DGB Index mobile Arbeitnehmer stärker belastet als nicht mobile Arbeitnehmer.

Das Projekt „prentimo“ zeigt Handlungs- und Gestaltungsfelder für mobile Arbeit:

1. Beim Personalmanagement bestehen hohe Defizite bei den Unternehmen, einmal mobil – immer mobil, ist oft das Motto. Lebensphasenorientierte Konzepte des Personalmanagements sind hier erforderlich.
2. Beim Handlungsfeld Arbeitsgestaltung soll die Arbeitszeit, die mobile Erreichbarkeit und die Mobilität auf Reisen geregelt werden. Hier sind im Rahmen der Mitbestimmung die Betriebsräte gefordert, Lösungsansätze wurden vorgestellt.
3. Beim Handlungsfeld Gesundheitsförderung ist die Gefährdungsbeurteilung für mobile Arbeit mit aufzunehmen.
4. Beim Handlungsfeld Kompetenzentwicklung ist auch Mobilitätskompetenz zu fördern und entwickeln, wie Selbstorganisation und Zeitmanagement.

Mobile Arbeiter sind individualisierte Arbeiter. Für den Betriebsrat bedeute dies, einen Spagat zu finden zwischen kollektivem Rahmen und individuellen Handlungsspielräumen.

Zum Abschluss gab Karl-Heinz Brandl, Bereichsleiter Innovation und Gute Arbeit sowie Bundessekretär mti, einen Überblick über Aktivitäten und Projekte in ver.di zu „Arbeit 4.0“. Bereits 2014 erschien die gewerkschaftliche Erklärung „Gute Arbeit in Zeiten des digitalen Umbruchs“ mit einem umfassenden Forderungskatalog. Auch ist ver.di an vielen Plattformen und Arbeitsgruppen beteiligt, so am Grünbuch Arbeiten 4.0, am Grünbuch digitale Plattformen, am Projekt prentimo, Projekt diGAP – Gute agile Projektarbeit in der digitalisierten Welt, Projekt Transwork und Projekt INA – Index Arbeitnehmerdatenschutz. ■

Unterlagen zu den Vorträgen können bei ulrich.bareiss@ain-online.net angefordert werden.

Impressum

Herausgeber:

Frank Werneke (stellv. Vorsitzender);
Rudolf Zink, Ressort 3

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft –
ver.di

Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
Postanschrift: 10112 Berlin

<http://medien-kunst-industrie.verdi.de/>
E-Mail: fb8.industrie-report@verdi.de

Redaktion: Susanne Stracke-Neumann

Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers

Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

Auflage: 2000 · Dezember 2016



Gesundheitsschutz

Risiken beobachten

„Arbeiten 4.0 sicher und gesund gestalten“ war auch das Thema der 11. Fachtagung zum Arbeits- und Gesundheitsschutz von ver.di Nord im Ostseebad Damp.

Durch die Digitalisierung veränderte Arbeitsprozesse sind in der Produktion und im Dienstleistungsbereich deutlich zu spüren. Innovative Fertigungstechniken und Arbeitsmethoden schaffen neue Unfallgefahren dort, wo Mensch und Roboter zusammenarbeiten oder immer mehr Bildschirme die Informationsflut erhöhen.

Laut DGUV bietet der digitale Wandel neben möglichen Risiken auch das Potenzial, Arbeit sicherer und integrativer zu gestalten. Die Möglichkeiten reichen von intelligenter Sicherheitstechnik, neuen Mensch-Maschine-Schnittstellen, virtuellem Engineering, Datenbrillen, Assistenzsystemen bis zu digitalen Qualifikationshilfen. Das Institut der deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (IFA) untersucht die Entwicklungen in der Arbeitsgruppe „Risikoobservation“. ■ (ha)

Ausführlicher Bericht:
<http://tinyurl.com/hk154w4>

Tarifkommission

Frageaktion im neuen Jahr

In der Tarifkommission Metall wurde ein kritischer Rückblick auf die Differenzierungsmöglichkeiten des Tarifabschlusses gemacht. Anfang des Jahres findet eine Befragungsaktion in den Betrieben zur kommenden Tarifrunde statt. Für 2017 stehen keine Tarifverhandlungen an, die Laufzeit des Tarifvertrags endet am 31. Dezember 2017.

Es wurde der Fahrplan in Vorbereitung der Tarifrunde 2018 vorgestellt. Schwerpunkte werden sein: Mitgliederbonus, Arbeitszeit und Kündigung des TV. Beim Forderungsbeschluss sollen auch qualitative Forderungen gestellt werden. ■

ub

Datenschutz

Wirklich smart?

„Mit Sicherheit Smart Data – Innovationen aus Daten“ hieß das Thema des „Smart Data Jahreskongress“ im November im Bundeswirtschaftsministerium (BMWi). Insgesamt sind 34 Projektpartner aus Forschung und Industrie beteiligt.

Datenschutz sei das „größte Hindernis“ beim Einsatz von Big Data, deshalb diese Themensetzung. Mein Eindruck war, dass bei diesem Kongress eher die zukünftigen, durchaus sehr interessanten Anwendungen und Geschäftsfelder gesehen wurden, und der Datenschutz nur im Hinblick auf die persönlichen Daten und in einer Vereinheitlichung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) verbessert werden soll. Während „Big Data“ die Gewinnung von Daten bedeutet, meint

„Smart Data“ deren Verarbeitung. Andreas Goerdeler von der Innovationsabteilung für digitale Technologien im BMWi betonte, dass bereits 30 Prozent der deutschen Industrie Big Data nutzen. Alle zwei Jahre würde sich die Datenmenge weltweit verdoppeln. Er stellte die vier Felder vor, die vom BMWi gefördert werden: Industrie, Energie, Mobilität und Medizin. Der Mittelstand mit 15 Millionen Beschäftigten erhalte eine spezielle Förderung.

In ihrem Vortrag „Digitale Souveränität“ gab Professorin Gesche Joost, Internetbotschafterin der Bundesregierung für die Europäische Kommission, einen Einblick in den Stand der Forschung. Weltweit seien 50 Milliarden Objekte vernetzt im Internet, aber nur ein Bruchteil der Daten werde ge-

nutzt. Doch wer ist haftbar für die Daten, wer hat Zugriff, und wessen Eigentum sind diese? Oder haben wir Public Data, d.h. Gemeingut der Daten? Erst am Anfang sei man bei Standards und Kompatibilität. Digitale Bildung als Schlüssel für die Zukunft fange schon in der Grundschule an. Beispiel: „calliope mini“ <https://calliope.cc/ueber-mini>

In der anschließenden Diskussion wurden mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet: Datenschutz solle keine Bremse sein, sondern ein Qualitätsmerkmal, so Andrea Voßhoff, Bundesbeauftragte für den Datenschutz. Laut Márta Nagy-Rothengass von der Europäischen Kommission ist die Daten-Economy die dynamischste Branche, strikte Regelungen hemmen aber die Investitionsbereitschaft.

Jan Philipp Albrecht (MdEP), Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments für die

Datenschutzverordnung, erläuterte die neue EU-Datenschutzgrundverordnung: 28 Rechtsordnungen werden durch eine ersetzt, allerdings bezieht sich die Grundverordnung ausschließlich auf die personenbezogenen Daten.

In der anschließenden Paneldiskussion „Sicherheitsökonomie und Standardisierung als ein Weg zu mehr Akzeptanz“, hieß es, dass das Setzen von Standards eine Chance sei, allerdings sind die europäischen Wertevorstellungen anders als die in USA und China. Die Datensicherheit betreffe Angriffe von außen, Missbrauch und Geschäftsgeheimnisse. Das Projekt läuft bis 2018, bis dahin seien die offenen Fragen zur besseren Akzeptanz zu klären. ■

Ulrich Bareiß

www.smart-data-programm.de

Intergeo

Fragen nach dem Tarifvertrag bei ÖbVI

Auch in diesem Jahr war die ver.di-Fachkommission Vermessung und Kartographie wieder mit einem Stand auf der Intergeo vertreten.

Ulf Jungjohann und seine Kollegen kamen wieder mit vielen Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch – auch über die Nachwuchsprobleme in den Büros der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI). „Viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure haben den Stand besucht“, berichtete Jungjohann dem Industrie-Report. „Thema war immer der fehlende Tarifvertrag. Dadurch scheint auch gerade in diesem Bereich das Entgelt inzwischen geringer als im Öffentlichen Dienst zu sein.“

Bemerkbar mache es sich auch schon dadurch, dass es offenbar für den Arbeitgeber im Bereich

der ÖbVI schwerer wird, geeignetes Personal zu finden.

„Der letzte Tarifabschluss – der noch in Kraft ist – erfolgte Mitte 2002“, erläutert Jungjohann.

„Seither hat es verschiedene Anläufe gegeben, wieder Bewegung in die Tarifverhandlungen zu bringen, die aber nicht erfolgreich waren. Die Verhandlungen scheiterten immer an der Forderung der Arbeitgeber, die die bestehenden Tarife deutlich zu verschlechtern beabsichtigten.“ Viele der betroffenen Kolleginnen und Kollegen äußerten aber am ver.di-Stand auch Angst, sich gewerkschaftlich zu organisieren. „Auch unser Hinweis, dass man dieses dem Arbeitgeber nicht mitteilen muss, hat nicht geholfen. Die Ängste scheinen hier sehr groß zu sein“, vermutet Jungjohann.

Smarte Geoinformationen waren ansonsten ein Hauptthema bei

der großen Messe samt Kongress, darunter auch die Planung für smarte Städte, wo sich die Gastgeberstadt Hamburg sehr weit vorne sieht.

Mit 531 Ausstellern aus 37 Ländern, über 17.000 Fachbesuchern aus über 100 Ländern und 1.300 Teilnehmern beim Kongress ist die Intergeo die Leitmesse der Branche.

Die nächste Intergeo wird wieder in Berlin sein und sich schwerpunktmäßig dem Thema E-Government widmen. ■

sus

Zum Bericht der Fachkommission: <http://tinyurl.com/hm4kp3c>

Hintergrund

Sozialwahlen stehen bevor



Die Sozialversicherung in Deutschland ist ein gesetzliches Versicherungssystem, das als Teil der sozialen Sicherung eine herausragende Rolle spielt. Die Sozialversicherungen verwalten sich selbst. Alle sechs Jahre werden die Vertreterinnen und

Vertreter von Beschäftigten und Arbeitgebern in den Selbstverwaltungen neu gewählt, das nächste Mal im Frühjahr 2017. ■

Mehr dazu: <http://tinyurl.com/znvs3xx>

Schule

Fehlende digitale Bildung spaltet die Gesellschaft

Die Initiative D21 veranstaltete im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im November 2016 zum dritten Mal den Fachkongress „Digitale Gesellschaft“. Dieses Mal stand die digitale Bildung, insbesondere an den Schulen im Vordergrund.

Olaf Reuss, Vorstand der Initiative D21, begrüßte die Teilnehmer der Digitalwirtschaft, der Realwirtschaft, aber auch Lehrer, Schüler und Studierende. Bei der Vorstellung der neuen Studienergebnisse 2016 zum Digitalisierungsgrad in der Gesellschaft sowie zur Sonderstudie Digitale Bildung von Robert A. Wieland, Kantar TNS (früher TNS Infratest), und Lena-Sophie Müller, Initiative D21, wurde sehr deutlich, wo eine positive Entwicklung stattfindet und wo die Defizite sind.

Der D21-Digital-Index, der sich aus den Feldern Offenheit, Zugang, Kompetenz und Nutzung zusammensetzt, liegt in Deutschland bei „51“. 80 Prozent der Bevölkerung haben einen Internetzugang. Dieser Wert stagniert, jedoch stieg die mobile Internetnutzung auf 59 Prozent. Die Bevölkerung der Stadtstaaten nutzt das Internet überdurchschnittlich, die Menschen in den Ost-Bundesländern nutzen es zirka zehn Prozent weniger. Insgesamt gibt es 26 Prozent (18 Millionen Menschen), die als digital abseits stehende Skeptiker gelten.

Bei der Sonderstudie „Schule Digital“ wurden Lehrer, Schüler und Eltern befragt. Schulen mit digitalen Schwerpunkten haben deutlich höhere Kompetenzen bei Lehrern, Schülern und Eltern, daher gilt es dies auszubauen. Rund 60 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Medienkompetenz der Schulen und zirka 70 Prozent sehen die Digitalisierung an Schulen positiv.

Zu den Studien:
www.initiatived21.de



Foto: Offene Lizenz: CC BY 3.0 DE, Jana Kausch

„Welche Digitalkompetenzen brauchen wir in Arbeit und Leben – Notwendige Fähigkeiten fürs (Über)Leben“, fragte Christoph Kucklick, Autor „Die Granulare Gesellschaft“ und Chefredakteur GEO. Wir müssten lernen, mit lernenden Maschinen umzugehen, und brauchen eine „Überforderungsbewältigungskompetenz“.

In seinem Referat „Zukunftsbremse Schulsystem? – und wie Digitale Bildung doch gelingen kann“ bezeichnete Professor Andreas Breiter von der Universität Bremen das föderale deutsche Schulsystem als größtes Hemmnis. Besonders kritisch sieht er das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern, und dass die Infrastrukturkosten von den Kommunen getragen werden müssen.

In der anschließenden Paneldiskussion zur Digitalen Bildung wurden dann noch andere Ansätze diskutiert. Zunächst schilderte Lorenzo Tural Osorio, Keynote-Speaker für disruptive Innovationen, 15-jähriger Schüler und „Digital Aborigine“, sehr erfrischend die Welt der Schule aus seiner Sicht. Digitale Bildung fängt bei den Eltern und praktisch im Kindergarten an. Schüler gehen in die Schule, um einen Abschluss zu machen, und nicht, um für das Leben zu lernen. Dabei spielen Noten für die weitere Entwicklung nicht die Rolle, hier forderte er ein Umdenken. Weiter

empfinde er die Schule als konservativ, und Lehrer auf ihre Rolle als Belehrer mit einem sicheren Arbeitsplatz fixiert. Das Smartphone-Verbot interessiere an der Schule niemanden, es herrsche eine rege Schattenkommunikation. Die Hausaufgaben werden mit Hilfe des Internets erledigt.

Mechthild Appelhoff von der Landesmedienanstalt NRW empfindet Schulen als misstrauisch gegenüber der Datensicherheit. Die Landesmedienstellen könnten die Scharnierstelle für die digitale Bildung sein.

Thomas Langkabel, Mitglied der Geschäftsleitung Microsoft Deutschland, fordert mehr Mut zum Ausprobieren an den Schulen und schlägt schuleigene Server vor. Er stellte dabei die klassischen Präsenzveranstaltungen in Frage. Deutschland hängt im Vergleich zu anderen Staaten zurück, so Professorin Gesche Joost, Botschafterin für Digitales der Bundesregierung für die EU. Sie wünscht sich mehr digitale Medien im Unterricht und ein gemeinsames Lernen von Schülern und Lehrern.

Der Zukunftsforscher Franz Kühmayer von der Uni Wien erläuterte den Stellenwert von Digitalisierung in unserer Zukunftsplanung, und warum wir digitales Denken in Wirtschaft, Politik und Strategieplanung be-

nötigen. „Wir arbeiten in Strukturen von gestern mit Methoden von heute an den Problemen von morgen“ so umriss Franz Kühmayer die derzeitige Situation. Es gebe sehr unterschiedliche Prognosen zu den Arbeitsplätzen der Zukunft, seiner Ansicht nach werden kreative und soziale Berufe überleben.

Nur durch lebenslanges Lernen wird man in der sich verändernden Berufswelt bestehen können. Dabei nimmt heute jedoch die Teilnahme an Bildungsprogrammen mit zunehmendem Alter ab, und die, die Bildung am nötigsten haben, sind am wenigsten beteiligt. Für die gesellschaftspolitische Frage, wie man mit den Menschen umgeht, deren Arbeit durch Maschinen ersetzt wurde, erwartet Kühmayer, dass in 20 Jahren ein Grundeinkommen Möglichkeit zu mehr individueller Kreativität biete.

Thorsten Käseberg, Referatsleiter am BMWi, sieht im Grundeinkommen keine Lösung, Menschen brauchen Arbeit, die wertgeschätzt wird, als Lebensgrundlage. Jochen Michels, Leiter Public Affairs Fujitsu Deutschland, meinte, wir brauchen mehr Querdenker. Er glaubt, dass auch in Zukunft das gesellschaftliche System erhalten bleibt, jedoch mehr Menschen ehrenamtlich tätig sein werden. ■

Ulrich Bareiß

mti 4.0

Zukunft der bezirklichen mti-Arbeit

Der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen will sich für die Zukunft neu aufstellen. Unter dem Titel „Baustelle Zukunft“ ist man dabei, sich neu zu positionieren. Im Mittelpunkt steht die Neuausrichtung der bezirklichen Ebene, aus 21 Bezirken werden, so die Beschlusslage des Landesbezirksvorstands, zukünftig elf.

Diese Entwicklung flankierend veranstalteten die bezirklichen mti-Ausschüsse aus Emscher-Lippe Nord und Süd sowie Bochum zum zweiten Mal eine gemeinsame Klausur. Im Gegensatz zur ersten Klausur in 2015, wo Digitalisierung 4.0 und gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Bildung im Mittelpunkt standen, befassten sich die Teilnehmer in diesem November unter anderem mit dem Thema „Baustelle Zukunft NRW“, der neu angedachten Richtlinie der Gruppe mti, dem Strategiepapier aus dem Bundesausschuss zur „Zukunft der Gruppen in ver.di“, wie auch der ersten gemeinsamen Arbeitsplanung der bezirklichen mti-Gremien.

Die mti'ler aus dem Herzen des Ruhrgebiets waren sich schnell darüber einig, dass man zukünftig möglichst viel gemeinsam machen möchte. Ebenfalls einig waren sie sich beim Berichtspunkt „aktueller Stand Baustelle Zukunft NRW“, dass die Zusammenlegung von Bezirken nicht zu einer Reduzierung von Geschäftsstellen führen darf. Die Nähe zum Mitglied muss gewahrt bleiben. Synergien müssen zur besseren betrieblichen Betreuung genutzt werden. Insbesondere der Punkt zur Auflösung von Gremien sorgte für lebhafte Diskussionen. Hier darf nicht durch die Hintertür der demokratische Wille der Mitglieder ausgehebelt werden, und die Arbeit der Gruppen „unter die Räder geraten“. Wir werden den weiteren Prozess nicht nur aufmerksam verfolgen, sondern, wenn nötig, auch gegensteuern.

Foto: mti



Die Überarbeitung der Richtlinie diskutierte unserer Gruppe lebhaft, speziell das Wahlprozedere nahm viel Raum ein. Durch die schlechte Datenlage der MIBS sind die Wahlen auf der bezirklichen Ebene, freundlich ausgedrückt, schwierig. Der Arbeitsstand der neuen Richtlinie bietet einen gangbaren Weg, der unzureichenden Datenlage Rechnung zu tragen, und auch mti-Mitglieder, die bisher nicht ordnungsgemäß verschlüsselt sind, zu beteiligen. Entlang des Richtlinienentwurfes wurden der Aufbau und das Antragswesen von mti, wie auch bei ver.di beleuchtet.

Die Arbeitsplanung 2017 staffelt sich wie folgt:

- Ende Januar, Anfang Februar werden wir eine Veranstaltung zum aktuellen Abschluss im Öffentlichen Dienst ausrichten. Als Referent hat sich der Kollege Ludwig Pelzer angeboten.
- In April/Mai werden wir uns mit der Datenlage unserer Mitglieder

in den drei Bezirken befassen. Einerseits gilt es, den aktuellen Stand in den drei Bezirken zu bewerten, des Weiteren wollen wir die Datenlage verbessern und Infoverteiler aufbauen.

- Im September wollen wir uns vertieft mit den Ergebnissen aus der Veranstaltung April/Mai befassen, sowie die Klausur im November 2017 vorbereiten.
- Im November soll dann die dritte Klausur durchgeführt werden, Ziel ist es schon jetzt, mehr Interessierte zu finden. Auch wird man sich strategisch mit den nächsten Organisationswahlen befassen.

Das Fundament für einen gemeinsamen Ausschuss ist gefunden, jetzt gilt es, Kontinuität in die Arbeit zu bekommen und die mti-spezifische Arbeit zu stärken. ■

Werner Filipowski

Digitalisierung

Auswirkungen des Breitbandausbaus

Durch den laufenden Breitbandausbau bis in entlegene Gemeinden und den Anschluss aller Firmen, Behörden und Privatpersonen wird der Weg bereitet für die zukünftige allgegenwärtige Digitalisierung. Dies war das Thema von Johann Seitz bei mti Baden-Württemberg in Stuttgart.

Folgende Kernaussagen gab es:

- „Alles, was digitalisierbar ist, wird digitalisiert!“
- „Alles, was vernetzbar ist, wird vernetzt!“
- „Ob wir es wollen oder nicht: Es wird durchgesetzt werden!“
- „Weltweit entstehen neue Rechenzentren mit bisher ungeahnten Kapazitäten und Rechenleistungen.“

Der neue Trend ist das Einrichten von Clouds zur externen Speicherung und Verarbeitung privater Daten und Firmendaten. Damit geschieht eine Verlagerung der eigenen Daten und Rechenleistung ins Netz auf fremde Rechner. Aber Achtung, die neuen Clouds sind meist in Rechenzentren im nicht-europäischen Ausland. Hier stellt sich die Frage nach dem Datenschutz, der Datensicherheit, und der Zugriffsmöglichkeit unbekannter Dritter.

Ist die Digitalisierung das Ende des Privaten? In Deutschland herrscht gegen die Digitalisierung noch erhebliche Skepsis, besonders in den mittleren und älteren Generationen. Bei den Jüngeren wächst die Bereitschaft, Daten herauszugeben. Darauf setzen die Anbieter und stimmen die Werbung darauf ab. Wer überwacht die Datenvorschriften? Eine Frage, die wir uns stellen müssen. ■

Zum ausführlichen Bericht von Helmut Ungemach:
<http://tinyurl.com/hfdrc7c>

Ausbildung

Mehr Studis, weniger Azubis

„Leere Werkhallen! Überfüllte Hörsäle! Ist das im Sinne der Wirtschaft?": Unter diesem Motto

stand der 7. Bildungsgipfel des Vereins der Techniker (VdT) im Oktober in Darmstadt.

An der Podiumsdiskussion mit Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, hat Ulrich Bareiß als ver.di-Vertreter für den mti teilgenommen.

Foto: VdT



In ihrem Impulsreferat hob Zypries hervor, es gelte die Vorteile der dualen Ausbildung deutlicher zu betonen. Hierzu gebe es Initiativen der Wirtschaft und der Bundesregierung. Werner Baas vom Deutschen Handwerkskammertag wies darauf hin, dass 2015 bereits vier Millionen Fachkräfte im Handwerk fehlten, und derzeit 20.000 Ausbildungsplätze unbesetzt sind. Er bemängelte die Abbrecherquote von 25 Prozent. Eine Studienanfängerquote von über 50 Prozent sieht er als Bedrohung der Volkswirtschaft. Er plädierte für Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung.

Ulrich Bareiß wies darauf hin, dass attraktive Arbeitgeber mit guten Tarifverträgen keine Nachwuchsprobleme hätten. Er forderte eine bessere Durchlässigkeit der Bildungssysteme und die Berücksichtigung der Kompetenzen von Meistern und Technikern beim Bachelor-Studium. Weiter forderte er die Unternehmen auf, den eigenen Nachwuchs besser zu fördern, und warb für eine Bildungsteilzeit.

Ulrich Thalhofer, Personalleiter bei Liebherr-Aerospace Lindenberg, sieht einen Verdrängungswettbewerb von Studienabsolventen

zu Technikern und Meistern. Jürgen Böhm vom Verband Deutscher Realschullehrer erklärte, dass es sehr gute Erfahrungen mit Betriebspraktika gebe. Dies verbessere die Chance auf einen geeigneten Ausbildungsplatz.

Monika Otten, Landesvorsitzende im Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen in Hessen, hob das Engagement der Berufsschulen hervor und kritisierte die finanzielle und personelle Ausstattung der Berufsschulen. Gerade für Förderprogramme für lernschwache Schüler oder Azubis mit Migrationshintergrund sei wenig Raum.

Von der Bertelsmann-Stiftung wurden die aktuellen Zahlen und der Ausblick auf 2030 erläutert. Es sei trotz aller Imagekampagnen mit dauerhaft mehr Anfängern an Hochschulen als mit Azubis zu rechnen. Treiber für

diese Entwicklung sei die Zunahme ausländischer Studierender, die wachsende Zahl der Abiturienten und der demographische Wandel. Es sollten deshalb für die duale Ausbildung neue Zielgruppen wie Migranten und Studienabbrecher angesprochen werden, und die dualen Studiengänge ausgebaut.

Das Projekt „Open e-University – wie akademische Weiterbildung gelingen kann“ stellte Professorin Eva-Maria Beck-Meuth, Vize-Präsidentin an der Hochschule Aschaffenburg vor. Sie betonte aber auch, dass die Top-Arbeitgeber in der Industrie, und nicht im Handwerk seien.

Die anschließende Podiumsdiskussion stand unter der Überschrift „Die Akademisierungswelle: Fehlplanung oder Segen für die Wirtschaft“. Matthias Paul, Ministerialrat im Hessischen Wis-

senschaftsministerium, erinnerte an den Hochschulpakt 2020, wo es galt, die doppelten Abiturjahrgänge und die Abschaffung der Wehrpflicht zu verkraften. Die Zahl der Studienanfänger im Ingenieurwesen hätte sich trotz MINT-Kampagne nicht erhöht. Die Akademisierung der Pflege- und Erziehungsberufe halte er im europäischen Vergleich für erforderlich.

Im Gegensatz dazu warnte Bernd Kassebaum vom IG-Metall-Vorstand vor einem „Schweinbauch“ bei Ingenieuren. Er warb für mehr Chancengleichheit. Kassebaum fehlt bei den Hochschulen die Grundverständigung auf Inhalte und ein Wettbewerbsmodell der Studiengänge. Abgestimmte Studiengänge für Techniker forderte Professor Bernd Schinke, Vorsitzender der Konferenz der Fachbereichstage. Robert Tophofen vom Philologenverband Rheinland-Pfalz beobachtet eine zunehmende Bachelorisierung der Berufe und machte dies am Beispiel der Pflege fest. Hier werde dann unter Qualifikation beschäftigt.

In der Diskussion mit den vielen Studierenden an der Technikerschule wurden starke regionale Unterschiede bei den Berufschancen deutlich. Einige Firmen fördern die Techniker ganz bewusst. Andererseits planen einige junge Techniker auch ein Studium, um aus der Werkvertragsfalle zu kommen. ■

ub